

# Falsches Spiel mit den Universitäten?

## Die Geschichte der Studiengebühren im Kontext der Budgetentwicklung

### Studienjahr 1999/2000:

Am 19. September 2000 wurde von FPÖ und ÖVP im Ministerrat überhastet die Einführung von Studienbeiträgen\* beschlossen. Bis kurz zuvor war deren Einführung noch von höchster Stelle wiederholt dementiert worden. Anfang März etwa versprach Bundesministerin Gehr: „Es ist nicht mein Anliegen, Studiengebühren für eine Grundausbildung einzuführen. Ich meine, es ist Aufgabe des Steuerzahlers, die Bildungsangebote in Österreich von der Volksschule bis zu einem Doktorat zu bezahlen.“ Die Wissenschaftssprecherin der ÖVP Gertrude Brinek brachte es noch klarer auf den Punkt: „Österreich drohen keine Studiengebühren. Der Bildungsgang von der Volksschule bis zum akademischen Abschluss wird auch weiterhin von der Gesellschaft getragen werden.“ „Kein Sparen bei Familie und Bildung.“, lautete Ende Juli noch die Devise von Bundeskanzler Schüssel und selbst im August, verkündete Ministerin Gehr: „Bildung darf nicht kaputt gespart werden, denn sie ist unsere wichtigste Investition in die Zukunft.“ und „Eine Diskussion um Studiengebühren gibt es einfach nicht.“

### Studienjahr 2000/2001:

Im Zuge der Einführung der Studiengebühren wurden vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Projekte zur Verbesserung der Studienbedingungen unter dem Schlagwort Universitätsmilliarde finanziert. Für das Budgetjahr 2001 stand allerdings nicht die suggerierte Milliarde Schilling, sondern lediglich der halbe Betrag davon, für alle Universitäten gemeinsam zur Verfügung.

### Studienjahr 2001/2002:

Im Wintersemester dieses Studienjahres erfolgte erstmals die Einhebung der Studiengebühren durch das Ministerium und in der Folge dann zumindest auch die Ausschüttung der gesamten Universitätsmilliarde an die Uni-

versitäten. Die Zuteilung an die einzelnen Universitäten erfolgte wie auch schon im Jahr zuvor zweckgewidmet für einzelne beantragte Projekte zur „Verbesserung der Lehrsituation“, was allerdings auch alles mögliche bis hin zu Renovierungsarbeiten an Universitätsgebäuden umfasste.

### Studienjahr 2002/2003:

Für das Budgetjahr 2003 wollte die Bundesregierung von der Universitätsmilliarde plötzlich nichts mehr zu wissen. Die Studiengebühren der Studierenden verschwanden zur Gänze in den Budgetlöchern unseres Finanzministers Karl-Heinz Grassler. Die Universitäten gingen leer aus und im Grundbudget der TU Graz waren somit wie in den Jahren zuvor mehr oder weniger keine Mittel für Investitionen vorhanden. Damit war weder die Anschaffung neuer Geräte noch die Modernisierung der bestehenden Ausstattungen möglich.

### Studienjahr 2003/2004:

Mit dem Universitätsgesetz 2002 verbleiben die Studiengebühren heuer erstmals den Universitäten. Dabei wurde von der Politik aber dezent verschwiegen, dass im Gegenzug das effektive Basisbudget der TU Graz beinahe um den gesamten Betrag der Studiengebühren gekürzt wurde. In der Öffentlichkeit hingegen wurde verkündet, dass die Universitäten heuer mehr Geld denn je bekommen. Das ist zwar nicht ganz falsch, aber, wie in der Politik heute scheinbar üblich, wieder einmal nur die halbe Wahrheit.

Denn seit heuer haben die Universitäten erstmals auch die Mieten für die Gebäude, die ja der Bundesimmobiliengesellschaft gehören, und die Pensionsbeiträge für die Bediensteten selbst zu bezahlen. Bereinigt man die Budgetzahlen für dieses Jahr um die neuen gesetzlich bedingten Mehrausgaben, so sieht man, dass das Basisbudget

für 2004 selbst deutlich unter dem aus dem Jahr 2000 liegt. „Sparen wo es nur geht“ heißt also die Devise an der TU Graz. Doch den anderen österreichischen Universitäten geht's auch nicht besser. Eine davon musste sogar eine negative Eröffnungsbilanz vorgelegen, die Bilanz einer weiteren enthält einen Warnvermerk, dass die Universität in wenigen Jahren Konkurs anmelden muss, sollte der Staat nicht wieder seiner Finanzierungsverpflichtung in ausreichendem Maße nachkommen.

Kein Wunder also, dass unsere Universitätsleitung die Studiengebühren nur zu gerne für das Standardbudget verwenden würde. Laut neuem Gesetz hingegen dürfen die Studierenden über die Verwendung ihrer geleisteten Beiträge entscheiden - das Schlagwort heißt Zweckwidmung. Im Zuge dieser Abstimmung können sich die Studierenden zwischen den vom Senat beschlossenen Kategorien zur Zweckwidmung ihrer Studiengebühren entscheiden.

Eine Kategorie davon dürfen die Vertreter der Studierenden im Senat einbringen. Sie fordern einen hürdenfreien Studienablauf für jeden Studierenden. Wie und warum es zu diesem Vorschlag kam und welche Vorteile er gegenüber den anderen Kategorien des Senates hat, findest du auf den Seiten 7 bis 11.

Hoffentlich hast du aus diesem Artikel auch herausgelesen, auf welches gefährliche „Spar-Spielchen“ der Titel anspielt. Bleibt zu hoffen, dass sich unsere Regierung wieder bewusst wird, dass in unserem Land die Bildung der Bevölkerung zu den wertvollsten Gütern unserer Gesellschaft gehört und dafür Sorge trägt, dass das auch weiterhin so bleibt!

\* Da die Studienbeiträge im Volksmund unter dem Namen Studiengebühren bekannt geworden sind und dieser Ausdruck den meisten Leserinnen und Lesern geläufiger sein wird, werden sie hier in weiterer Folge nur noch als Studiengebühren bezeichnet.



Matthias Walser  
1. stv Vorsitzender  
HTU Graz